

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“

Kurzprotokoll

29. Sitzung

Öffentliche Sitzung

Berlin, 17. Dezember 2008, 17:00 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: E.700

Vorsitz: Dr. Michael Bürsch, MdB

1. Bericht des Beauftragten des BMFSFJ für ZivilEngagement, Dr. Hans Fleisch, über den Stand der Initiative ZivilEngagement
2. Aktuelle Entwicklungen in der Engagementförderpolitik der Bundesländer
3. Verschiedenes

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Unterausschusses

CDU/CSU

Blumenthal, Antje

Grübel, Markus

Landgraf, Katharina

Mahlberg, Thomas

Riegert, Klaus

Schiewerling, Karl

SPD

Bürsch, Dr. Michael

Kumpf, Ute

Reichenbach, Gerold

Rix, Sönke

Steinecke, Dieter

FDP

Laurischk, Sibylle

DIE LINKE.

Reinke, Elke

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Haßelmann, Britta

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigefügt.

Eingeladene Ländervertreter

Bauer, Manfred	(Brandenburg)
Böhme, Thomas	(Niedersachsen)
Cieslok, Ines	(Sachsen-Anhalt)
Dr. Engbers, Tilman	(Bayern)
Frenzel-Heiduk, Andrea	(Bremen)
Dr. Heuberger, Frank	(Rheinland-Pfalz)
Menzer-Haasis, Elvira	(Baden-Württemberg)
Kraner, Jan	(Hessen)
Schmialek, Marion	(Berlin)
Sommer, Ulrike	(Nordrhein-Westfalen)
Wiebusch, Ulrich	(Berlin)
Wollesen, Birgit	(Schleswig-Holstein)

Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Fleisch, Dr. Hans
Linzbach, Christoph
Matena, Hans
Plieth, Celia
Rüger, Sabine
Seifert, Tina

Bundesrat/Ländervertretungen beim Bund

Oesterhaus, Ilona (Sachsen-Anhalt)

Fraktionen

Stein, Thomas (FDP)

Der **Vorsitzende** eröffnet die 29. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ und heißt vor Eintritt in die Tagesordnung den Abg. Thomas Mahlberg (CDU/CSU) als neues Mitglied des Unterausschusses herzlich willkommen. Er löse die Abg. Winkelmeier-Becker (CDU/CSU) als ordentliches Mitglied ab.

Sodann begrüßt er den Beauftragten des BMFSFJ für ZivilEngagement, Herrn Dr. Fleisch, der unter Tagesordnungspunkt 1 den Stand der Initiative ZivilEngagement skizzieren werde sowie die Vertreter aus den Bundesländern, die unter Tagesordnungspunkt 2 über aktuelle Entwicklungen in der Engagementpolitik berichten werden. Wegen der Zahl der als Sachverständige eingeladenen Gäste appelliere er schon jetzt an die Zeitdisziplin aller, damit beide Tagesordnungspunkte in der gebotenen Ausführlichkeit diskutiert werden können.

Das BMFSFJ habe eine neue Broschüre zur Initiative ZivilEngagement herausgegeben, die vorab an alle Mitglieder verteilt worden sei. Herr Dr. Fleisch werden den Stand der Initiative zusammenfassen und einen kurzen Ausblick auf das Jahr 2009 geben. Damit den Ländern genügend Raum bleibe, um ihr herausragendes Projekt der letzten 12 Monaten darzustellen, schlage er vor, die Diskussion über den Bericht von Herrn Dr. Fleisch auf eine halbe Stunde zu begrenzen. Die ausführlichen und sehr interessanten schriftlichen Länderberichte seien ebenfalls vorab an die Mitglieder des Unterausschusses verteilt worden.

Nach diesen Vorbemerkungen ruft der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt 1 „Bericht des Beauftragten für ZivilEngagement über die Arbeit der Initiative“ auf und erteilt Herrn Dr. Fleisch das Wort.

Dr. Hans Fleisch (Beauftragter des BMFSFJ für ZivilEngagement) weist einleitend darauf hin, dass vieles, was er im letzten Jahr im Unterausschuss bezüglich der Initiative vorgestellt habe, Ankündigung gewesen sei. Dies sei zu diesem Zeitpunkt auch nicht anders möglich gewesen. Ein Jahr später könne man zu Recht feststellen, wie es der Vorsitzende des BBE-Sprecherrates, Herr Professor Olk, unlängst getan habe, dass Bewegung in die Engagementpolitik gekommen sei und die Initiative ZivilEngagement dazu auch einen Beitrag geleistet habe. Insgesamt habe sich das engagementpolitische Momentum verstärkt und auch in der Initiative seien Fortschritte zu verzeichnen.

Er wolle im Folgenden nicht auf einzelne Projekte eingehen, sondern die Entwicklung zusammenfassend skizzieren. Wichtig für die Initiative sei aus seiner Sicht insbesondere, dass sie eine funktionierende Geschäftsstelle mit einem guten Team unter der umsichtigen Leitung von Herrn Matena habe. Dafür wolle er sich an dieser Stelle herzlich bedanken.

Dankbar sei er auch dafür, dass die Bündelung der Kräfte innerhalb des Ministeriums gelungen sei. Es gebe eine Koordinierungsrunde der Abteilungsleiter sowie ein gut funktionierendes Projektteam unter Leitung von Herrn Linzbach.

Neuland betreten habe man auch mit der Einsetzung eines externen Beauftragten und dessen organisatorischer Ansiedlung bei der politischen Leitung des Hauses. Dank der sehr konstruktiven Zusammenarbeit mit Staatssekretär Hoofe habe sich diese Konstruktion als sehr hilfreich erwiesen.

Danken wolle er auch für das Engagement der Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern, die neben viel Fachkompetenz auch viel Herzblut in die gemeinsame Sache investierten. Das in der Bund-Länder-Koordinierungsrunde gegebene Signal, dass die Länder noch stärker einbezogen werden wollen, gebe Grund zu Optimismus für die Zukunft der Initiative.

Bedanken wolle er sich darüber hinaus für die konstruktive Art des Dialogs und die interessanten Anregungen aus dem Kreis der Abgeordneten. Viele der im Herbst letzten Jahres im Unterausschuss gegebenen Anregungen seien aufgegriffen worden. Er denke z.B. an die Forderungen nach einer engagementpolitischen Gesamtstrategie, nach einer vernünftig ausgestatteten Geschäftsstelle oder nach einer stärkeren Beachtung des Themas Migration.

Im Folgenden wolle er seine ganz persönliche Sicht zum Stand der Initiative ZivilEngagement skizzieren und dabei im Wesentlichen drei Punkte ansprechen. Der erste Punkt betreffe noch einmal die Aspekte Bündelung, Koordinierung und Partizipation, der zweite die Förderfelder und der dritte die Nachhaltigkeit und Perspektive der Initiative.

Zum ersten Punkt: Die Bündelung der Kräfte innerhalb des BMFSFJ sei mit der Einrichtung des Projektteams und der Geschäftsstelle gut gelungen. Damit seien auch gute Voraussetzungen für die nun anstehende stärkere Koordinierung zwischen den Ressorts geschaffen worden,

der man sich im ersten Jahr der Initiative wegen begrenzter zeitlicher Ressourcen noch nicht im gewünschten Maße widmen konnte. Es habe jedoch bereits eine Reihe von Gesprächen auf politischer Ebene gegeben, bei denen in den Ministerien er auf offene Ohren gestoßen sei. Wenn das Bundeskabinett im nächsten Jahr einen Arbeitsauftrag zur Entwicklung einer engagementpolitischen Gesamtstrategie erteile, werde dieser begonnene Weg mit Nachdruck fortgesetzt. Die Signale der anderen Ressorts zeigten, dass die Bereitschaft zur Koordinierung und Bündelung vorhanden sei. Die Entwicklung einer Gesamtstrategie solle zudem trisektoral und unter Beteiligung der Länder und Kommunen erfolgen. Mit den Bundesländern könne man dabei mit der Bund-Länder-Arbeitsgruppe, deren Bedeutung für eine koordiniertere Engagementpolitik in Zukunft noch zunehmen werde, auf einen bewährten Koordinierungsmechanismus zurückgreifen.

Dem Thema Bündelung, Abstimmung und Koordinierung mit der Zivilgesellschaft werde man im nächsten Jahr noch größere Aufmerksamkeit widmen. Die Dachverbände und Netzwerke der Zivilgesellschaft befassten sich im Januar mit der Frage, wie sie sich insgesamt stärker in die Initiative einbringen könnten. Eine gute Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft gebe es bereits bei einzelnen Projekten der Initiative. So seien beispielsweise die Dachverbände der Zivilgesellschaft und das BBE in den Kampagnenrat der Kampagne „Geben gibt“ eingebunden. Ein solches gemeinsames Zusammenwirken in der Engagementförderung habe es in dieser Form nach seinem Wissen bisher noch nicht gegeben. Insofern sei ein Prozess eingeleitet worden, der noch zu einer deutlich stärkeren Beeinflussung der Initiative ZivilEngagement durch die Zivilgesellschaft führen könne.

Aus der Wirtschaft hätten sich in der zweiten Jahreshälfte 2008 eine Reihe von großen Unternehmen, die bereits über Kompetenz in Sachen Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements verfügten, zu einer Plattform zusammengetan. Im Weiteren werde es darum gehen, auch verstärkt mittelständische Unternehmen einzubeziehen. Die bereits bestehende Kerngruppe, deren offizielle Konstituierung Anfang des nächsten Jahres vollzogen und dann auch entsprechend kommuniziert werde, habe sich auf zehn Punkte geeinigt, die die Wirtschaft zu dem Gesamtvorhaben beitragen wolle. Dies zeige, dass die Bereitschaft der Unternehmen zur Mitarbeit vorhanden sei. Viele Unternehmen bräuchten jedoch Beratung für ihre Corporate Citizenship-Aktivitäten. Hierfür habe man das Centrum für Corporate Citizenship Deutschland als Beratungsinstitution gewonnen.

Ingesamt hätte in Sachen Bündelung möglicherweise noch mehr erreicht werden können. Das Problem sei dabei weniger die Bereitschaft der potenziellen Partner, als vielmehr die zeitlichen Ressourcen. Insofern sei zu überlegen, ob man mit dem Amt des Beauftragten für Zivil-Engagement in der nächsten Legislaturperiode jemanden betraue, der noch mehr Zeit für die Aufgaben aufwenden könne.

Der zweite Punkt, den er ansprechen wolle, betreffe die Förderfelder. Insgesamt seien bereits mehr als 20 Projekte der Initiative auf den Weg gebracht worden. Die Projektliste sei den Mitgliedern vor einiger Zeit zugegangen. Sie werde laufend aktualisiert. Auch für 2009 seien eine Reihe von sehr interessanten Projekten und Modellvorhaben im Bereich Infrastruktur- und Forschungsförderung geplant. Einige könnten noch nicht öffentlich gemacht werden, weil die Vertragsangelegenheiten noch nicht abgeschlossen seien. Insgesamt könne man jedoch feststellen, dass bereits in jedem der zu Beginn der Initiative angekündigten sechs Maßnahmenpakete erste Projekte angestoßen worden seien.

Das erste Paket betreffe das Modellprogramm „Freiwilligendienste aller Generationen“, das im Unterausschuss bereits ausführlich thematisiert worden sei, weshalb er an dieser Stelle darauf nicht ausführlicher eingehen wolle.

Das zweite Paket umfasse das Thema Anerkennungskultur. Wie bereits erwähnt, sei die tri-sektoral ausgerichtete Kampagne „Geben gibt“ mit der Gründung des Kampagnenrates bereits auf den Weg gebracht worden. Offiziell starten werde die Kampagne Anfang des nächsten Jahres. Hauptförderer der Kampagne sei das BMFSFJ. Hinzu käme eine Art Treuhandstiftung, die sich aus Beiträgen der Wirtschaft speise. Eine Agentur, die die Kampagne umsetze, sei per Ausschreibung gewonnen worden.

In diesem Zusammenhang wolle er noch einmal auf die aus dem Kreis der Mitglieder geäußerte Sorge eingehen, die Kampagne „Geben gibt“, die im Übrigen nur eine von mehreren Anerkennungsmaßnahmen sei, könne die vom BBE durchgeführte „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“ beeinträchtigen, die ja auch im Rahmen der Initiative ZivilEngagement weiter gefördert werden solle. Nach seiner Einschätzung sei hier inzwischen eine gute Ver-

schränkung erzielt worden, so dass man von einem integrierten Paket sprechen könne, das aus zwei Teilen mit unterschiedlichen Dramaturgien bestehe.

Noch nicht so stark im Focus sei im letzten Jahr die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch das Internet gewesen, wobei man dieses Thema sicherlich sowohl zur Anerkennungskultur als auch zur Vernetzung bzw. Stärkung der Infrastruktur zählen könne. Hier sei zunächst einmal die Schaffung eines übergreifenden Portals für bürgerschaftliches Engagement in Deutschland gemeinschaftlich mit verschiedenen Partnern auf den Weg gebracht worden, das der Information, dem Austausch und der Unterstützung dienen solle.

Ein weiteres Paket aus dem Bereich der sechs Felder betreffe das Thema „Unterstützer unterstützen“. Hierunter falle die weitere Förderung der Infrastruktur, z.B. von Freiwilligenagenturen und BBE. Sehr gut angenommen werde auch das Thema Bürgerstiftungen insbesondere in den neuen Ländern. Langfristiges Ziel sei, eine flächendeckende Verteilung von Bürgerstiftungen im ganzen Land zu erreichen.

Aus seiner Sicht besonders erfreulich sei, dass ein erstes Projekt im Bereich Förderung des Engagements von Migrantinnen und Migranten angestoßen werden konnte, an dem das BMFSFJ, das Land Berlin und die türkischen Gemeinde beteiligt seien. Ziel des Projektes sei es, Migrantenorganisationen dafür zu qualifizieren, als Trägerorganisationen für das Freiwillige Soziale und Ökologische Jahr fungieren zu können. Eine Bedingung des Projektes sei, dass sich sowohl die in diesem Bereich tätigen deutschen Träger als auch die Migrantenorganisationen für eine Zusammenarbeit öffneten.

Zum Abschluss wolle er darauf hinweisen, dass mit dem WZB-Bericht auch die Keimzelle für einen regelmäßigen Expertenbericht der Regierung zur Engagementpolitik auf den Weg gebracht worden sei. Dies halte er unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit für sehr bedeutsam. Wichtig erscheine ihm auch, dass es einen eigenen Haushaltstitel für die Initiative gebe, der auch in der mittelfristigen Finanzplanung Berücksichtigung finde, und dass die bestehende Struktur mit der Geschäftsstelle und dem Amt des Beauftragten erhalten bleibe, da deren Dienstleistungen insbesondere von Seiten der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft relativ stark angenommen worden seien. Entscheidend sei zudem, dass es gelinge, eine ressortübergreifende Gesamtstrategie für die Engagementpolitik zu erarbeiten. Dies sei sicherlich eine

Aufgabe, die über die laufende Legislaturperiode hinausreiche, da eine Gesamtstrategie auch mit Ländern und Kommunen sowie mit Akteuren aus der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft abgestimmt werden müsse.

Als Zwischenbilanz nach einem Jahr der Initiative könne man feststellen, dass in Sachen Nachhaltigkeit bereits einiges erreicht worden sei. Es sei noch keine Lawine aber ein Art Schneeballeffekt entstanden, der noch verstärkt werden könne, wenn viele weitere Akteure mit anpackten. Dann könne engagementpolitisch etwas entstehen, was eine große und weiterhin zunehmende Bedeutung erlange.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Dr. Fleisch für seinen Bericht sowie für seine bisherige Tätigkeit im Rahmen der Initiative. Der Dank schließe auch Herrn Matena und Herrn Linzbach ein. Nach seiner Einschätzung sei es gelungen, das Thema Engagementpolitik über den Bereich des rein Karitativen hinaus auf die Bereiche Demokratie, Beteiligung und Infrastruktur auszuweiten. Mit Blick auf die Uhr und aus Höflichkeit gegenüber den Gästen aus den Ländern bitte er in der folgenden Diskussionsrunde um möglichst kurze Fragen und noch kürzere Antworten. Er erteilt zunächst der Abg. Kumpf das Wort.

Abg. **Ute Kumpf** (SPD) dankt Herrn Dr. Fleisch für die im ersten Jahr der Initiative auf den Weg gebrachten Projekte. Zugleich warne sie vor zu viel Selbstbeweihräucherung und rate der Politik, demütig zu sein, vor dem, was die bereits engagierten 23 Millionen Menschen von sich aus auf die Beine stellten. Ohne dieses vielfältige bürgerschaftliche Engagement gebe es den Gegenstand gar nicht, mit dem sich Politik und Wissenschaft mittlerweile so intensiv befassten. Wichtig erscheine ihr, eine engagementpolitische Gesamtstrategie zu entwickeln, was Herr Dr. Fleisch zu Recht betont habe. Zugleich erinnere sie jedoch daran, dass Engagementpolitik nicht erst durch die Initiative ZivilEngagement als Querschnittsaufgabe und Politikfeld entdeckt worden sei, sondern dass es hierfür intensive Vorarbeiten durch die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ gegeben habe.

Inhaltlich habe sie Nachfragen zum Stand der geplanten multiethnischen Studie sowie des Engagementberichts. Außerdem habe sie Bauchschmerzen mit dem in der Kabinettsvorlage genannten Begriff „nationaler Engagementplan“, da dieser eine Top-Down-Perspektive von

der Art ausdrücke, dass den Menschen vorgeschrieben werde, wie sie sich zu engagieren hätten.

Abg. **Britta Haßelmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) weist darauf hin, dass auch für sie die Top-Down-Perspektive, die das BMFSFJ in der Engagementpolitik häufig einnehme, ein Problem darstelle. Diesen Eindruck habe sie aus vielen Gesprächen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und aus Rückmeldungen zum Verlauf der letzten BBE-Mitgliederversammlung wiederholt gewonnen. Auch gebe es Kritik daran, dass immer wieder neue Programme für Dinge aufgelegt würden, die zuvor schon erfolgreich praktiziert worden seien. Zudem gebe es eine Diskrepanz zwischen der Projektvielfalt auf der einen Seite und der nach wie vor mangelhaften Absicherung von Engagementinfrastruktur auf der anderen Seite. In den Eckpunkten der Kabinettsvorlage heiße es dazu lediglich: „Der Absicherung von nachhaltiger Infrastruktur auf kommunaler Ebene kommt eine entscheidende Bedeutung zu. Hier bedarf es besonders gut aufeinander abgestimmter Anstrengungen von Bund, Ländern und Gemeinden im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit.“ Was das konkret heiße, möchte sie vom Beauftragten für ZivilEngagement erfahren. Bei der Vorstellung der Eckpunkte und der sechs Felder der Initiative im letzten Jahr habe sie bereits nachgefragt, warum die NAKOS nicht explizit genannt worden sei. Herr Dr. Fleisch habe damals geantwortet, dass die Liste nicht abschließend sei und die Befürchtung, dass die NAKOS ihre Arbeit einstellen müsse, nur Panikmache sei. Im Entwurf für den Einzelplan 17 des BMFSFJ für das Haushaltsjahr 2009 sei die Förderung der NAKOS jedoch zunächst gestrichen worden und erst in den Haushaltsberatungen wieder eingestellt worden. Insofern hätten sich manche der damals geäußerten Befürchtungen eben doch bestätigt.

Abschließend möchte sie von Herrn Dr. Fleisch wissen, ob es bereits Anzeichen gebe, dass sich die Finanzmarktkrise negativ auf die Corporate Social Responsibility-Aktivitäten der Unternehmen auswirke.

Abg. **Sibylle Laurischk** (FDP) weist darauf hin, dass Bundesfamilienministerin von der Leyen zusammen mit Bundesinnenminister Schäuble unlängst im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion über die Gewalt von Rechts fehlendes bürgerschaftliches Engagement beklagt habe. Gerade der schlimme Anschlag in Passau zeige, dass das Thema möglicherweise eine neue Qualität bekomme. Da die Programme zur Bekämpfung des Rechtsextremismus

im BMFSFJ angesiedelt seien, interessiere sie, inwiefern diese Fragestellung auch im Rahmen der Initiative ZivilEngagement aufgegriffen werde.

Abg. **Elke Reinke** (DIE LINKE.) möchte von Herrn Dr. Fleisch wissen, in welche Richtung die angesprochenen Maßnahmen im Bereich Wertschätzungskultur gingen. Eine wichtige Form der Anerkennungskultur könne die stärkere Wahrnehmung des bürgerschaftlichen Engagements durch die Medien sein. Möglicherweise könnten hierzu auch die Vertreterinnen und Vertreter aus den Ländern später eine Einschätzung abgeben.

Abg. **Karl Schiewerling** (CDU/CSU) hebt hervor, dass es sich aus seiner Sicht aus zwei Gründen gelohnt habe, die Initiative ZivilEngagement in dieser Form ins Leben zu rufen. Zum einen halte er es für ein wichtiges Zeichen, dass derjenige, der die Federführung bei der Initiative habe, das Amt ehrenamtlich ausübe. Deswegen habe ihn die Überlegung von Herrn Dr. Fleisch, in der kommenden Wahlperiode einen hauptamtlichen Beauftragten einzusetzen, ein wenig erschrocken. Zum anderen sei es gut, dass begonnen worden sei, den ganzen Themenbereich stärker zu systematisieren.

Wichtig erscheine es ihm auch, einerseits die besondere Stellung des bürgerschaftlichen Engagements in Abgrenzung zum Bereich Beruf und Erwerbsarbeit deutlich zu machen, andererseits aber auch gleichzeitig die Anknüpfungs- und Andockpunkte zu anderen Themenbereichen zu unterstreichen.

Stärker darauf achten müsse man nach seiner Ansicht, das mit der Initiative verbundene Anliegen sprachlich so umzusetzen, dass es auch in der breiten Öffentlichkeit verstanden werde. Wenn er sich bei Besuchergruppen aus dem Wahlkreis erkundige, wer sich bürgerschaftlich engagiere, reagierten viele ratlos, da sie mit dem Begriff nichts anfangen könnten.

Neben dem Thema „Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten“ halte er es auch für wichtig, der Problematik der so genannten bildungsfernen Schichten größere Aufmerksamkeit zu schenken sowie der Frage, welche Bedeutung bürgerschaftliches Engagement dabei spielen könnte, Menschen aus dieser Gruppe neue Perspektiven aufzuzeigen. Hier sehe er auch Anknüpfungspunkte zu anderen Themenbereichen.

Der **Vorsitzende** erteilt Herrn Dr. Fleisch das Wort zur Beantwortung der Fragen.

Dr. Hans Fleisch (Beauftragter des BMFSFJ für ZivilEngagement) teilt die Einschätzung des Abg. Schiewerling, dass das Thema bildungsferne Schichten im Rahmen der Initiative Zivil-Engagement stärker aufgegriffen werden sollte. Die Tendenzen in diesem Bereich seien zum Teil besorgniserregend. Zudem gebe es auch im bürgerschaftlichen Engagement eine stärkere soziale Differenzierung als früher. Das Thema betrachte er deshalb als wichtige Hausaufgabe im Rahmen der Initiative. Richtig sei auch, dass es noch viele Kommunikationsaufgaben gebe und dass der Begriff „bürgerschaftliches Engagement“ noch nicht bei allen angekommen sei. Eine der Aufgaben im Rahmen der Kampagne „Geben gibt“ werde sein, ein passendes und möglichst öffentlichkeitswirksames Logo zu kreieren. Das sei auch das Bestreben des Kampagnenrates der Dachverbände.

Auch die Einbettung des Themas in andere Bezüge sei in der Initiative teilweise bereits aufgenommen worden. So gebe es z. B. ein Projekt zur Definition von Tätigkeitsprofilen. Ein anderes Thema könne die bessere Vereinbarkeit von Engagement und Beruf werden. Hier gebe es einzelne Beispiele von Unternehmen im Ausland, die sich in diesem Zusammenhang näher anzuschauen lohnten.

Bei der Wertschätzungskultur habe es in den letzten Jahren bereits eine Reihe von Initiativen gegeben, so dass man in dieser Frage nicht bei Null anfangen müsse. Gleichwohl gebe es auch hier noch einiges zu tun, wie schon die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ konstatiert habe. Wichtig sei erstens die Frage der rechtlichen Rahmenbedingungen beispielsweise der Versicherungsschutz. Von entscheidender Bedeutung sei zweitens der ganze Bereich der Kommunikation. Hier gebe es auf kommunaler Ebene zum Teil noch sehr große qualitative Unterschiede. Der Bereich der Kommunikation sei aber nicht nur Sache des Staates, sondern gerade auch der Zivilgesellschaft. Hier gebe es nicht *die* eine Richtung, sondern es gelte, an verschiedenen Stellschrauben zu drehen. In diesem Zusammenhang seien die Kampagne „Geben gibt“ und die Unterstützung der „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“ einzelne Bausteine innerhalb der Initiative, um den kommunikativen Bereich zu stärken.

Drittes wichtiges Element der Wertschätzung sei, dass Menschen im Rahmen ihres Engagements nicht noch zusätzliche Kosten entstünden, da dies zu Frustration und zur stärkerer sozialer Differenzierung beitrage. In Thüringen und Sachsen seien beispielsweise Programme entwickelt worden, mit Hilfe derer Engagierte Verwaltungskosten erstattet bekämen.

Was das Thema Rechtsextremismus angehe, glaube sicherlich niemand, dass der Messerangriff auf den Passauer Polizeipräsidenten durch bürgerschaftliches Engagement hätte verhindert werden können, was wohl auch nicht die These der Abg. Laurischk gewesen sei. Leider gelinge es der NPD, in Gebieten, in denen keine ausgeprägte Engagement- und Vereinskultur existiere, Jugendliche mit gezielten Freizeitangeboten anzusprechen. Deswegen müsse mit gezielten Maßnahmen versucht werden, bestehende in der Engagementkultur zu schließen.

Hinsichtlich der Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf das Engagement der Unternehmen im Bereich CSR habe er noch kein konsistentes Bild. Die Gruppe von Unternehmensvertretern, die sich im Rahmen der Initiative ZivilEngagement herausgebildet habe, habe bisher signalisiert, dass sich die Krise im Moment nicht negativ auf ihre Aktivitäten in diesem Bereich tangiere. Man wisse allerdings nicht, wie sich dies weiterentwickeln werde, wenn sich die Finanzmarktkrise noch weiter zuspitzen sollte.

Die Frage nach der Projektvielfalt einerseits und der Absicherung der Infrastruktur andererseits bleibe ein Problem, das im Unterausschuss bereits mehrfach thematisiert worden sei und sich nicht allein auf Bundesebene lösen ließe. Zum einen gebe es haushaltsrechtliche Beschränkungen, zum anderen das Bestreben, Haushaltsmittel nicht auf viele Jahre im Voraus fest zu verplanen. Umgekehrt wisse er aus seinem Hauptberuf, dass die Overhead-Kosten, wenn man sich von Projekt zu Projekt hangelt, immer höher würden. Zugleich stelle sich die Frage, wie man die Organisation stabil halten könne, da es ein Fehlschluss sei, durch viele Projekte die Infrastruktur aufrechterhalten zu können. Die entscheidende Frage bleibe daher, wie man welche Finanzierungsmechanismen auf welcher Ebene schaffen könne.

Die angesprochene Gefahr des Top-Down-Ansatzes müsse man in der Tat im Auge behalten. Man habe sich zunächst dafür entschieden, einzelne Projekte der Initiative auf die Schiene zu setzen. Hätte man zunächst den Focus auf die Partizipation gelegt und heute noch keine Er-

gebnisse vorgelegt, hätte man sich der Kritik ausgesetzt, es handele sich bei der Initiative lediglich um einen PR-Gag. Jenseits von einzelnen Projekten hätte er sich insgesamt gewünscht, dass das Angebot zur Mitgestaltung und zur Erweiterung der sechs Felder von den zivilgesellschaftlichen Dachverbänden und Akteuren bereits stärker angenommen worden wäre. Auf das Angebot sei jedoch zunächst einmal freundlich, aber zurückhaltend reagiert worden. Dies habe sich im letzten Vierteljahr etwas zum Positiven gewendet.

Was die NAKOS angehe, sei nicht die Frage, ob deren Arbeit generell unterstützungswürdig sei. Dies sei unbestritten. Die Frage sei vielmehr gewesen, von wem und aus welchen Haushaltsmitteln sie unterstützt werden solle. Zudem habe die NAKOS in Gesprächen darauf hingewiesen, dass ihr Schwerpunkt im Gesundheitsbereich liege, der kein eigenes Handlungsfeld im Rahmen der Initiative ZivilEngagement sei, und dass sie eine institutionelle Dauerförderung anstrebe, die aus haushaltsrechtlichen Gründen bekanntermaßen schwierig sei.

Was den Begriff „nationaler Engagementplan“ angehe, könne man möglicherweise noch einen anderen Begriff finden, der nicht die von der Abg. Kumpf genannten Assoziationen wecke. Worum es in der Sache gehe, sei, einen strategischen Rahmen zu finden, um eine bessere Abstimmung und Bündelung erreichen und damit mehr Synergieeffekte in der Engagementpolitik erzielen zu können. Im ersten Schritt werde deshalb ein Beschluss durch das Bundeskabinett angestrebt, im zweiten Schritt werde es dann darum gehen, eine vernünftige Beteiligung des Dritten Sektors zu organisieren. Wenn die Zivilgesellschaft die Chance ergreife, habe sie große Möglichkeiten, auf die Gestaltung dieser Strategie Einfluss zu nehmen. Als mögliches Beispiel könne in mancherlei Hinsicht der nationale Integrationsplan dienen, auch wenn die dort gewählte Form der Selbstverpflichtung sicherlich nicht eins zu eins übertragen werden könne.

Was den Engagementbericht angehe, werde der bis Mai unter Federführung des WZB und unter Involvierung verschiedener wissenschaftlicher Institute erarbeitete Bericht vorgelegt mit dem Themenschwerpunkt, wie bürgerschaftliches Engagement auf Familien und familienunterstützende Dienstleistungen wirke. Dieser solle die Keimzelle bilden für eine regelmäßige ressortübergreifende Engagementberichterstattung. Die jetzige Form eines nicht ressortabgestimmten Vorläuferberichtes habe man gewählt, da aus zeitlichen Gründen mehr bis zum Ende dieser Legislaturperiode nicht zu leisten gewesen wäre. Wichtig sei, dass der jetzige 16.

Deutscher Bundestag noch vor der Sommerpause einen Beschluss über eine regelmäßige Engagementberichterstattung ab der nächsten Legislaturperiode fasse.

Abschließend wolle er betonen, dass er die Initiative ZivilEngagement und das letzte Jahr als Teil eines längeren Prozesses sehe. Bei einem Vortrag am heutigen Tag habe er darauf hingewiesen, dass es Engagement und Engagementförderung in Deutschland bereits seit sehr langer Zeit gegeben habe und die Anfänge im Mittelalter lägen, wobei die letzten acht Jahre zweifelsohne eine besondere Phase darstellten und der Enquete-Kommission dabei selbstverständlich eine herausgehobene Bedeutung zukomme, was er auch immer wieder betone.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Dr. Fleisch für die Berichterstattung zum Stand der Initiative ZivilEngagement und ruft den Tagesordnungspunkt 2 „Aktuelle Entwicklungen in der Engagementförderpolitik der Bundesländer“ auf.

Wegen der Diskussion über den Bericht von Herrn Dr. Fleisch sei die Zeit für die Beiträge aus den Bundesländern begrenzt. Er bitte die Ländervertreterinnen und –vertreter hierfür um Verständnis und hoffe zugleich, dass auch für diese die Diskussion mit dem Beauftragten für ZivilEngagement von Interesse gewesen sei. Da 14 der 16 Bundesländer schriftliche Berichte über ihre Engagementförderpolitik zur Verfügung gestellt hätten, die den Mitgliedern vorab vorlagen, bitte er die Ländervertreterinnen und –vertreter, sich in ihrem mündlichen Beitrag in rund drei Minuten auf das wichtigste Projekt oder einzelne neue Entwicklungen im zurückliegenden Jahr zu konzentrieren. Bei der Durchsicht der Länderberichte seien einige Schwerpunkte und Gemeinsamkeiten auffällig. So spiele in verschiedenen Ländern z. B. der Kompetenznachweis und die Ehrenamtskarte eine Rolle. In vielen Ländern seien zudem Paten- und Engagementlotsen-Modelle entwickelt worden. Eine Besonderheit gebe es in Rheinland-Pfalz, wo die systematische Bürgerbeteiligung ein wichtiger Teil der Verwaltungsreform gewesen sei. Dazu werde Herr Dr. Heuberger später sicherlich noch etwas sagen. Er schlage vor, in der alphabetischen Reihenfolge der Bundesländer vorzugehen. Daher starte man mit dem Länderbericht aus Bayern.

Dr. Tilman Engbers (Bayern) weist einleitend darauf hin, dass die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung ausdrückliche Erwähnung gefunden habe und dort auch einige konkrete Vorhaben angesprochen worden

seien. Bisher habe es in Bayern seit 2002 ein nicht-staatliches, institutionell gefördertes Landesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement gegeben. Künftig solle vor allen Dingen im ländlichen Raum auch der Aufbau von Koordinierungsstellen mit einer Anschubfinanzierung gefördert werden.

Einen wesentlichen Schwerpunkt der Arbeit habe man in diesem Jahr auf die Verbesserung der Anerkennungskultur gelegt, wobei der Ehrenamtsnachweis und die Ehrenamtcard im Mittelpunkt der Bemühungen gestanden hätten. Beim Ehrenamtsnachweis gebe es eine Initiative zur Einführung von Seiten der Verbände, die vom Sozialministerium unterstützt werde. Mittlerweile sei ein Konzept entwickelt und ein Trägerkreis einberufen worden, in dem u.a. auch Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und kommunale Spitzenverbände vertreten seien. Derzeit arbeite man an der technischen Umsetzung des Ehrenamtsnachweises, der zunächst nur für den sozialen Bereich gelte, aber möglicherweise später erweitert werden solle.

Ebenfalls ausdrücklich im Koalitionsvertrag festgehalten, sei die flächendeckende Einführung einer Ehrenamtcard. Wie das endgültige Konzept aussehen werde, sei noch nicht geklärt. Es seien zunächst verschiedene Modelle entwickelt worden, über die noch entschieden werden müsse. Vor wenigen Tagen habe das Finanzministerium grünes Licht für eine Beteiligung des Freistaates an diesem Projekt gegeben. Ein erstes Pilotprojekt sei im Landkreis Cham vorgesehen. Die dabei gewonnenen Erfahrungen würden in die weitere Konzeptentwicklung einfließen, wobei die Einführung der Ehrenamtcard entweder auf Landkreisebene oder auf landesweiter Ebene erfolgen solle.

Der **Vorsitzende** bittet als Nächstes Frau Menzer-Haasis, über die Engagementpolitik in Baden-Württemberg zu berichten. Baden-Württemberg gelte seit langem als Vorreiter in der Engagementpolitik und habe diese Position auch in der neuen Prognos-Studie „Engagementatlas 2009“ verteidigt.

Elvira Menzer-Haasis (Baden-Württemberg) berichtet, dass Baden-Württemberg das Modellprogramm „Freiwilligendienst aller Generationen“ jährlich mit einer Summe von ca. 300.000 Euro aus Landesmitteln zusätzlich unterstützen werde. Einzelheiten der Förderung werde das Ministerium für Arbeit und Soziales noch mit den Kommunalen Landesverbänden und den Mitgliedern des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement abstimmen.

Bereits seit längerem existiere in Baden-Württemberg das Modellprojekt „Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen und Betrieben“, das aus Mitteln der Landesstiftung Baden-Württemberg unterstützt werde. Zunächst seien drei Regionen und zwei Städte ausgewählt worden, um unterschiedliche Wege zu erproben, wie unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement gefördert werden könne. Derzeit sei man dabei, die Ergebnisse in einem Handbuch zusammenzufassen, das in nächster Zeit veröffentlicht werde.

Darüber hinaus wolle sie noch auf zwei weitere Schwerpunkte eingehen. Der eine betreffe den Bereich „Schule und ehrenamtliches Engagement“. Hier existierten derzeit drei Programme. Bereits seit längerer Zeit gewachsen und sehr gut angenommen worden sei das Schülermentorenprogramm, bei dem bereits über 20.000 Schülermentorinnen und -mentoren ausgebildet worden seien. Darüber hinaus gehöre seit einigen Jahren das Themenorientierte Projekt „Soziales Engagement“ (TOP SE) zum Regelangebot an baden-württembergischen Realschulen. Mit TOP SE werde den Schülerinnen und Schülern ermöglicht, Engagementerfahrungen in Altersheimen, als Vorlesepaten oder in anderen Feldern zu sammeln. Die Rückmeldungen zeigten, dass das Programm sowohl von den teilnehmenden Schülerinnen und Schülern als auch von den projektbegleitend tätigen Lehrern sehr positiv bewertet werde. Das dritte, noch relativ neue und in der Evaluation befindliche Projekt betreffe das Thema Jugendbegleiter. Innerhalb dieses Projekts kämen Ehrenamtliche von außen an die Schulen und beteiligten sich sowohl an der Betreuung im Nachmittagsbereich als auch an der Gestaltung des Unterrichts. Angesichts der zahlreichen Anfragen sowohl der Schulen als auch der Ehrenamtlichen an das Ministerium zeichne sich ab, dass das Projekt erfolgreich sei. Die Flächendeckung, die erst in einigen Jahren erreicht werden sollte, sei jedenfalls fast schon erreicht.

Der zweite Schwerpunkt betreffe das Thema Anerkennung. Der Ehrenamtsbeauftragte des Landes Baden-Württemberg habe mit der „Regionalkonferenz Ehrenamt“ ein neues Format entwickelt. Die Regionalkonferenzen würden in Zukunft zwei bis drei Mal jährlich jeweils in Zusammenarbeit mit einem Landkreis oder einer Stadt stattfinden. Durch die Regionalkonferenz erhielten die Ehrenamtlichen nicht nur Dank und Wertschätzung für ihr Tun, sondern auch viele wertvolle Informationen rund um das Ehrenamt und über nachahmenswerte „Best-Practice“-Beispiele. Zudem bestehe bei den Regionalkonferenzen für die Ehrenamtlichen die Gelegenheit, mit Politikern ins Gespräch zu kommen.

Bereits zum fünften Mal durchgeführt worden sei zudem der Ehrenamtswettbewerb „Echt gut! Ehrenamt in Baden-Württemberg“ mit über 11.000 Bewerbungen in diesem Jahr. Die Preisträger würden bei einer Festveranstaltung mit Beteiligung von Kabinettsmitgliedern ausgezeichnet.

Der **Vorsitzende** bittet als Nächstes Frau Schmialek, auf die Engagementpolitik in Berlin einzugehen. Das Land sei sowohl bei den Freiwilligensurveys als auch beim „Engagementatlas 2009“ nicht auf den vorderen Plätzen gelandet und habe folglich sicherlich den Ehrgeiz, in dieser Hinsicht weiter aufzuholen.

Marion Schmialek (Berlin) bestätigt, dass das Land Berlin beim „Engagementatlas 2009“ ziemlich schlecht abgeschnitten habe, wenngleich man die Ergebnisse der Studie und insbesondere die Differenz zum Freiwilligensurvey 2004 für nicht unbedingt nachvollziehbar und plausibel halte. Sie weist darauf hin, dass sie zunächst über zwei Projekte berichten werde, denen der Berliner Senat eine gewisse Leitfunktion einräume. Anschließend werde Herr Wiebusch kurz auf die Förderung im Bereich Infrastruktur eingehen.

Ein vom Berliner Senat gefördertes Projekt sei der Aufbau einer Internetplattform, die der Information, Kommunikation und Vernetzung der Organisationen des Dritten Sektors dienen solle. Ziel sei, in Form einer Metadatenbank sämtliche Daten zusammenzuführen, die bei zivilgesellschaftlichen Organisationen und Stiftungen vorhanden seien. Der Aufbau eines einheitlichen virtuellen Raums für Anbieter und Nachfragende solle eine bessere Übersichtlichkeit der bestehenden Angebote liefern und dafür sorgen, dass Zeitspenden, Geld und Ideen möglichst passgenau zueinander finden. Das Projekt werde mit Haushaltsmitteln des europäischen Sozialfonds und des Landes Berlin gefördert und sei wichtig, um die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement in Berlin zu stärken.

Das zweite Projekt habe Herr Dr. Fleisch bereits erwähnt. Es handle sich um das vom Berliner Senat zusammen mit dem BMFSFJ und der Türkischen Gemeinde vor kurzem gestartete Projekt zur Qualifizierung von Migrantenorganisationen als Träger für das Freiwillige Soziale und Ökologische Jahr. Auf dieses Projekt, das auf die interkulturelle Öffnung der Freiwilligendienste abziele, setzte der Berliner Senat große integrationspolitische Hoffnungen.

Ulrich Wiebusch (Berlin) weist ergänzend darauf hin, dass die Berliner Landesfreiwilligenagentur, der Treffpunkt Hilfsbereitschaft, als älteste Freiwilligenagentur Deutschlands in diesem Jahr ihr 20jähriges Jubiläum gefeiert habe. Dies erwähne er, weil der Treffpunkt Hilfsbereitschaft auch eine wesentliche Rolle bei der Implementierung des neuen Modellprogramms „Freiwilligendienst aller Generationen“ in Berlin spiele. Unter dem Titel „Engagementwerkstatt“ habe man ein gemeinsames Dach für die drei beteiligten Berliner Leuchtturmprojekte aus den Bereichen Bildung, Pflegebegleitung sowie Kinder und Jugendliche gebildet, um Serviceangebote und Netzwerkbausteine für alle Leuchtturmprojekte und deren Kooperationspartner zu entwickeln. Mit dieser Konstruktion werde auf den vorhandenen Strukturen der Engagementförderung in Berlin aufgesetzt und die Freiwilligendienste als ein neues Instrument in die bestehenden Strukturen eingepasst.

Manfred Bauer (Brandenburg) erläutert, dass das Land Brandenburg im Jahr 2008 besondere Anstrengungen im Bereich der Anerkennungskultur unternommen habe. Ein wichtiges Format sei dabei die Auszeichnung eines „Ehrenamtlers des Monats“, die vom Ministerpräsidenten vorgenommen werde. Dieser überreiche bei einem kleinen Empfang eine Ehrenurkunde und einen Ehrenamtsfüller, was auf positive Resonanz bei den Engagierten stoße.

Was die Frage der Abg. Reinke zum Thema Medienresonanz angehe, könne er aus eigener Erfahrung bestätigen, dass Bürgerschaftliches Engagement für die Medien „nicht von Haus aus sexy“ sei. Mittlerweile habe man in Brandenburg mit dem Ehrenamtsempfang zum internationalen Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember ein eigenes öffentlichkeitswirksames Format entwickelt. Zu dem Empfang würden 100 Ehrenamtliche eingeladen, die zusammen mit dem Ministerpräsidenten oder einem Minister sowie dem Chefredakteur eines Printmediums oder des RBB an einen Tisch platziert würden, was regelmäßig Berichte in den entsprechenden Medien nach sich ziehe.

Große Bedeutung messe man in Brandenburg auch dem Bereich „Qualifizierung und Fortbildung“ zu. Zusammen mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband habe man mit dem „Ehrenamts-Manager“ eine Broschüre aufgelegt, die Neulingen im Engagementbereich Hinweise und Tipps beispielsweise für die Ausrichtungen von Veranstaltungen gebe. Darüber hinaus sei man in Brandenburg sehr erfreut darüber, dass der Bund in Abstimmung mit den Ländern beabsichtige, das wichtige Thema nachhaltige Infrastrukturförderung aufzugreifen. Denn in

einzelnen Bereichen müsse es eine gewisse Sicherheit an Förderung geben, damit gute Initiativen dauerhaft überleben könnten.

Andrea Frenzel-Heiduk (Bremen) berichtet, dass es in Bremen im laufenden Jahr besondere Anstrengungen in drei Bereichen gegeben habe. Der eine Bereich betreffe den Ausbau der Anerkennungskultur. Hier habe man mit dem „offenen Rathaus“ ein neues Format geschaffen, das von 3.000 bis 4.000 freiwillig Engagierten genutzt werde. Darüber hinaus habe man die Projekte Szenewechsel, Azubivolunteering, „Day of caring“ und Engagement von Unternehmen stärker miteinander vernetzt. Zum einen könnten Schülerinnen und Schüler der 9. Jahrgänge für eine Woche in Sozial-, Gesundheits- und Kultureinrichtungen gehen, um im Rahmen von Projektunterricht Engagementerfahrungen zu sammeln. Zum anderen könnten Azubis des öffentlichen Dienstes und von vier verschiedenen Unternehmen in sozialen und gesundheitlichen Einrichtungen innerhalb ihrer Arbeitszeit ein abgeschlossenes Projekt durchführen. Versucht werde die Erkenntnisse, die in den vier unterschiedlichen Bausteinen gewonnen würden, in die jeweils anderen Projekte mit einfließen zu lassen, um zu vermeiden, dass sich dieselben Fehler wiederholen.

Der zweite Schwerpunkt sei die Einführung einer Ehrenamtscard. Da Bremen ein kleines Bundesland sei, das an Niedersachsen und Schleswig-Holstein grenze, beabsichtige man mittelfristig, eine grenzüberschreitende Ehrenamtscard zu installieren. Dies sei ein ambitioniertes Vorhaben, das möglicherweise einen längeren Vorlauf in Anspruch nehmen werde, weshalb man im neuen Jahr mit der Einführung einer bremischen Ehrenamtscard beginnen werde.

Der dritte Schwerpunkt betreffe den Webauftritt zum Themenbereich bürgerschaftliches Engagement. Dieser erlaube es, Aktivitäten bis hinunter in die Bezirks- und Stadtteilebenen zu verfolgen. Eine Erfahrung sei, dass sich die Zugriffszahlen auf die Seite erhöhen, wenn man zusätzlich mit einer Broschüre auf den Webauftritt hinweise.

Jan Kraner (Hessen) hebt hervor, dass die von ihm mitgebrachte hessische Ehrenamtscard, die im Format einer Rabatt- oder Kreditkarte ähnele, die bundesweit erste ihrer Art gewesen sei. Deren Entwicklung und Einführung sei eine der wichtigsten Projekte der Engagementförderung in Hessen in den letzten Jahren gewesen. Ihren gedanklichen Ursprung habe die Ehrenamtscard bereits im Jahr 2003 gehabt, als eine Untersuchung ergeben habe, dass 52 % der

Engagierten sich mehr Anerkennung ihres Engagements wünschten, aber nur 19 % sagten, dass sie Wert auf traditionelle Formen der Ehrung legten. Deshalb habe man in Hessen darüber nachgedacht, wie eine neue Form der Anerkennung aussehen könnte, die sich von den bisherigen Wimpeln, Urkunden und Anstecknadeln unterscheide. Aus dieser Überlegung sei die Ehrenamtscard entstanden. Profitieren sollten von ihr diejenigen, die sich in ganz besonderer Weise engagierten. Wer die Karte bekommen wolle, müsse sich mindestens fünf Stunden pro Woche engagieren. Wer die Karte erhalte, könne – über ganz Hessen verteilt – über 1.200 Vergünstigungen bei öffentlichen und privaten Angeboten in Anspruch nehmen. Diese reichten von einem 10 % Rabatt auf das Brötchen beim Bäcker bis zu attraktiven Vergünstigungen beim Besuch von Schwimmbädern, Kinos, Theatern, Museen und Freizeiteinrichtungen. Eine Auswertung habe ergeben, dass bei der Nutzung der Ehrenamtscard-Angebote der Besuch von Schwimmbädern und Museen mit 40 bzw. 37 Prozent der Nennungen an oberster Stelle der Beliebtheitsskala stehe, dicht gefolgt vom Besuch von Kinos, der in 24 Prozent der Fälle angegeben worden sei. Auf große Nachfrage stießen auch Sonderaktionen, wie die Verlosung von Freikarten für Heimspiele von Eintracht Frankfurt über das Internet, die der Verein zur Verfügung stelle.

In der Testphase sei gelegentlich kritisiert worden, dass mit der Ehrenamtscard bürgerschaftliches Engagement bezahlt werde. Dies sei aus seiner Sicht nicht der Fall. Vielmehr sei die Ehrenamtscard ein Dankeschön, das zum Ausdruck bringen solle, dass ehrenamtliches Engagement einen hohen Stellenwert in der Gesellschaft habe und stete Förderung verdiene. Die Auswertungen zeigten auch, dass die Nutzung der Ehrenamtscard nicht häufiger als einmal pro Monat erfolge. Der durchschnittliche Ehrenamtscard-Nutzer sei zudem 54 Jahre alt und komme in 32 % der Fälle aus dem Bereich des Sports und in 30 % aus dem Bereich Soziales. Die von einigen Bürgermeistern am Anfang geäußerte Befürchtung, dass Ehrenamtscard-Besitzer die Schwimmbäder überschwemmen würden, sei hingegen zu keinem Zeitpunkt eingetreten.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Kraner für sein überzeugendes Plädoyer für die Ehrenamtscard. Er weise auch noch auf das in Hessen praktizierte Engagementlotsenprogramm hin, das ebenfalls exemplarischen Charakter habe. Er bitte jedoch angesichts der fortgeschrittenen Zeit um Verständnis, dass man nun zum Beitrag von Niedersachsen übergehen müsse.

Thomas Böhme (Niedersachsen) weist darauf hin, dass er zunächst zwei Vorbemerkungen zu der vom Vorsitzenden angesprochenen Prognos-Studie „Engagementatlas 09“ machen wolle. Zum einen halte er es aus methodischen Gründen für problematisch, die Prognos-Studie mit dem Freiwilligensurvey auf die gleiche Ebene zu stellen. Im Rahmen der Prognos-Studie seien zwar insgesamt 44.000 Menschen befragt worden, die Befragung habe jedoch nur zehn Fragen umfasst und habe nicht länger als fünf Minuten gedauert. Zum Teil seien in einzelnen Landkreisen genauso viele Menschen befragt worden wie in der ganzen Stadt Berlin. Deswegen müssten die Ergebnisse der Studie mit Vorsicht und differenziert betrachtet werden.

Zudem habe man nach seiner Überzeugung bei der Engagementförderung ein Level erreicht, dass man solche nach Ländern aufgeteilte „Bundesliga-Ergebnisse“, wie in der Prognos-Studie, eigentlich nicht mehr brauche. Viel hilfreicher wäre es, wenn man tatsächlich Hinweise bekäme, wo Defizite bestünden und in welchen Feldern man noch etwas tun könne. Gerade in diesem Bereich bleibe jedoch die Prognos-Studie Antworten schuldig.

Der **Vorsitzende** wirft ein, dass sich der Unterausschuss in seiner Februarsitzung ausführlich mit dem Thema Empirie, Wissenschaft und Forschung im Bereich Bürgerengagement beschäftigen werde, und bittet um Verständnis, dass die Diskussion an dieser Stelle nicht vertieft werden könne.

Thomas Böhme (Niedersachsen) hebt weiterhin hervor, dass es unter den Ländern eine sehr gute Kooperation und einen regen Austausch gebe, so dass man von einem sehr produktiven Wettbewerb sprechen könne. Dies zeige das Beispiel Ehrenamtskarte, wo Hessen, worauf der Kollege Kraner zu Recht hingewiesen habe, Vorreiter unter den Bundesländern gewesen sei. Niedersachsen habe die Ehrenamtskarte als zweites Bundesland im Jahr 2007 eingeführt. Mittlerweile seien 2.000 Karten ausgegeben worden, wobei die Kriterien für die Ausgabe denen in Hessen ähnelten.

Einen zweiten Schwerpunkt habe Niedersachsen auf den lange ausgeblendeten Bereich der Menschen mit Migrationshintergrund gelegt. Niedersachsen habe im Jahr 2007 das Projekt „Integrationslotsen“ landesweit eingeführt. Bisher seien über 1.000 interessierte Bürgerinnen und Bürger überwiegend mit Migrationshintergrund in 30 niedersächsischen Kommunen zu Integrationslotsen ausgebildet worden. Das Innenministerium habe dieses Ausbildungspro-

gramm mit rund 700.000 Euro gefördert. Im Rahmen des Programms unterstützten Menschen, die schon vor Jahren nach Deutschland gekommen seien, Neuzuwanderer beispielsweise bei Behördengängen oder der Ausbildungsplatzsuche.

Ein dritter Schwerpunkt sei der Wettbewerb „Unbezahlbar und freiwillig“, der in diesem Jahr bereits zum fünften Mal zusammen mit den Sparkassen und landesweit aktiven Versicherungsunternehmen durchgeführt worden sei. Der Wettbewerb diene nicht nur der Wertschätzung für die Engagierten, sondern sei auch für diejenigen wichtig, die auf Landesebene Engagementprojekte unterstützen und konzipieren. Denn auf diese Weise erhalte man einen sehr guten Überblick über die große Engagementvielfalt, die es auch unabhängig von staatlicher Förderung in Niedersachsen gebe. Der Staat sollte sich aus seiner Sicht, vor allem darauf konzentrieren, ermöglichende Strukturen zu schaffen und bestehende bürokratische Hemmnisse auf der Verwaltungsebene abzubauen. Während er den Bereich der individuellen Hilfe für Engagierte für weitgehend ausgereizt halte, müssten sich Bund und Länder verstärkt darum bemühen, im Bereich der Absicherung der Infrastrukturförderung zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Denn ohne eine solche Absicherung werde es kein langfristiges bürgerschaftliches Engagement geben.

Ulrike Sommer (Nordrhein-Westfalen) erläutert einleitend, dass sich die Zuständigkeiten in Sachen Engagementpolitik in Nordrhein-Westfalen geändert hätten. Die Federführung für das Thema sei von der Staatskanzlei auf das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) übergegangen. Zugleich seien dort die beiden Themenbereiche bürgerschaftliches Engagement und Unternehmensengagement gebündelt worden.

Aus dem breiten Konzept der Engagementförderung in Nordrhein-Westfalen wolle sie vier Punkte herausgreifen. Ein zentrales Projekt sei die Einführung einer landesweiten Ehrenamtskarte gewesen, wobei man sich ebenfalls am hessischen Modell orientiert habe. Im Januar 2008 habe das Landeskabinett das Projekt gebilligt. Nach mehrmonatiger intensiver Vorbereitung hätten im November die ersten Städte, Kreise und Gemeinden die Karte eingeführt. Für die Startphase des Projekts seien Kommunen ausgewählt worden, die entweder bereits über eine lokale Ehrenamtskarte verfügten, die die Einführung einer solchen Karte erwogen hätten oder die sich durch eine besondere Förderung bürgerschaftlichen Engagements auszeichneten.

Mehr als ein Dutzend weiterer Städte, Kreise und Gemeinden habe bereits Interesse bekundet, sich in der nächsten Runde am Projekt zu beteiligen.

Die Beschäftigung mit dem Projekt Ehrenamtskarte habe zudem dazu geführt, dass in den Kommunen eine intensive Reflexion über Ausrichtung und Wirksamkeit von Engagementinstrumenten begonnen habe. Im Rahmen eines explorativen Workshops habe das MGFFI daher mit Expertinnen und Experten aus dem kommunalen Bereich Bedarfe, Handlungsfelder und Fragen einer strategischen Weiterentwicklung kommunaler Engagementförderung erörtert, um im kommenden Jahr ein entsprechendes Beratungs- bzw. Qualifizierungsangebot für Kommunen in Nordrhein-Westfalen entwickeln zu können.

Nordrhein-Westfalen sei seinerzeit das erste Bundesland gewesen, das den Engagementnachweis eingeführt habe. Dieser sei zunächst auf den Bereich Soziales beschränkt gewesen. Mittlerweile sei dieser von weiteren Ressorts für die Bereiche Sport, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz übernommen worden. Auch die Kommunen stellten ihn mittlerweile aus. Zu Beginn des nächsten Jahres hoffe man, auch die Kulturabteilung der Staatskanzlei davon überzeugen zu können, den Engagementnachweis zu übernehmen, so dass man dann von einer fast flächendeckenden Einführung sprechen könnte.

Nordrhein-Westfalen sei zudem eines der Bundesländer gewesen, die sich sehr früh um das Thema Unternehmensengagement bemüht haben. Bereits im Jahr 2005 habe man den ENTERPreis-Wettbewerb zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen ins Leben gerufen, der 2009 zum dritten Mal ausgeschrieben werde. Darüber hinaus habe man sich im abgelaufenen Jahr im Rahmen der „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“ am Kongress „Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen“ beteiligt, der vom Forschungszentrum für bürgerschaftliches Engagement der Universität Paderborn ausgerichtet worden sei. Im Rahmen dieses Kongresses habe es auch einen Unternehmensabend gegeben, bei dem 20 renommierte Unternehmen aus Ostwestfalen-Lippe eine vom BBE initiierte Charta zum Thema „Verantwortung übernehmen – sich nachhaltig engagieren – vernetzt handeln“ unterschrieben und anschließend dem Generationenminister, der gleichzeitig auch Engagementminister in Nordrhein-Westfalen sei, übergeben hätten. Diese Charta solle zusammen mit dem BBE auf weitere Kammerbezirke ausgeweitet werden.

Abschließend wolle sie darauf hinweisen, dass sich das Land im kommenden Jahr um eine Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit zum Thema bürgerschaftliches Engagement bemühen werde. Die Aktivitäten der Landesregierung sollten gegebenenfalls auch in Form einer Kampagne deutlicher sichtbar gemacht werden und zu einer Gesamtstrategie gebündelt werden.

Dr. Frank Heuberger (Rheinland-Pfalz) weist darauf hin, dass er zunächst die Gelegenheit zu zwei kurzen Vorbemerkungen nutzen wolle. Zum einen unterstreiche er die Aussage des Kollegen Böhme, dass sich in den letzten Jahren über den Bund-Länder-Arbeitskreis eine außerordentlich fruchtbare Zusammenarbeit aller Bundesländer ohne Neid und Konkurrenzängste entwickelt habe, was er für eine ausgesprochen gute Entwicklung halte. Zum anderen stimme er Herrn Böhme auch hinsichtlich seiner Bemerkung zu, dass die Bundesländer keine „Bundesliga-Ergebnisse“ bei der Engagementquote brauchten. Worauf jedoch alle Länder angewiesen seien, sei der dritte Freiwilligensurvey, denn dieser biete gesicherte Daten, auf deren Grundlage die Länder Engagementpolitik machten. Insofern sei der Freiwilligensurvey – vielleicht im Unterschied zu manch anderer Erhebung – ausgesprochen wichtig.

Im Folgenden wolle er kurz auf drei Aspekte der rheinland-pfälzischen Engagementpolitik eingehen, die das bisher vorgestellte Spektrum noch ein wenig erweitern könnten. Erstens sei es im letzten Jahr gelungen, einen von allen Fraktionen des Landtages getragenen Antrag zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Rheinland-Pfalz einstimmig zu verabschieden. Dies sei seines Wissens ein einmaliger Vorgang, der auch der Leitstelle Bürgergesellschaft und Ehrenamt in der Staatskanzlei die Arbeit sehr erleichtere, da damit das Thema aus der parteipolitischen Ecke heraus und als wichtiges Querschnittsthema überfraktionell anerkannt sei.

Den zweiten Punkt, den er herausgreifen wolle, sei die Entwicklung einer trinationalen europäischen Metropolregion Oberrhein, die aus Teilregionen der Schweiz, dem Elsass sowie den Bundesländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz bestehe. Aufgabe sei zunächst, für diese neue Großregion in den nächsten Jahren ein eigenes, aus vier Säulen bestehendes Profil zu entwickeln. Jede der beteiligten Regionen sei für eine Säule zuständig. Geplant seien Säulen zu den Themen Politikentwicklung, Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft sowie Zivilgesellschaft, wobei Rheinland-Pfalz die letztgenannte Säule entwickeln werde. Mit mehrsprachigen Bürgerforen solle dabei ein Beitrag zum Zusammenwachsen Europas von unten und

für einen grenzüberschreitenden Dialog der Zivilgesellschaft in dieser Metropolregion geleistet werden. Denn auch auf dem Gebiet des bürgerschaftlichen Engagements könne man nach seiner Überzeugung von den europäischen Nachbarn sehr viel lernen.

Der dritte Punkt, den der Vorsitzende bereits erwähnt habe, betreffe die Bürgerbeteiligung im Rahmen der kommunalen Verwaltungsreform. Rheinland-Pfalz sei derzeit dabei, eine umfassende kommunale Verwaltungsreform durchzuführen, wobei der Prozess noch mehrere Jahre andauern werde. Es gehe dabei zum einen um die Neuordnung von Verwaltungsaufgaben und -verantwortlichkeiten und zum anderen um die Vermeidung von Doppelzuständigkeiten und die Straffung des Verwaltungshandelns, um zu einer Veränderung und Optimierung von Gebietsstrukturen zu gelangen. Das Land habe sich dabei entschieden, erstmals alle Bürgerinnen und Bürger mit den Mitteln einer umfassenden Bürgerbeteiligung in den Prozess der kommunalen Verwaltungsreform einzubinden. Zunächst sei ein gutes Dutzend Regionalkonferenzen mit kommunalen Mandatsträgern durchgeführt worden, an die sich fünf Bürgerkongresse mit über 1.000 Beteiligten angeschlossen hätten. Dabei habe es sich um ganztägige Veranstaltungen gehandelt, bei denen Bürgerinnen und Bürger als Experten in eigener Sache genau dargelegt hätten, was für sie Verwaltung bedeute, wie sich Verwaltung vor Ort bürgernah umstrukturieren und für Beteiligung öffnen ließe. Daran wiederum habe sich ein sehr intensiver Prozess der so genannten Planungszellen angeschlossen. Für dieses von Professor Dienel entwickelte mehrtägige Konsultationsverfahren seien Bürgerinnen und Bürger von ihrem Arbeitgeber für drei bis vier Tage freigestellt worden, um sich gemeinsam mit Experten intensiv in die schwierige Materie der kommunalen Verwaltungsreform einzuarbeiten. Ergebnis sei ein umfangreiches Bürgergutachten gewesen, das Eckpunkte der kommunalen Verwaltungsreform enthalte. Auch die Ergebnisse der Bürgerkongresse seien dokumentiert.

Der gesamte Prozess werde von der Universität Landau sozialwissenschaftlich begleitet. Die zweite Stufe, die jetzt beginne, sei eine Repräsentativbefragung im Land, an die sich außerdem noch eine Online-Befragung anschließen werde. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass tatsächlich fast alle Haushalte in irgendeiner Weise in den Prozess einbezogen würden. Die ganzen Ergebnisse flößen dann in den parlamentarischen Gesetzgebungsprozess ein. Man könne daher davon sprechen, dass zum ersten Mal der Versuch gemacht worden sei, die Partizipation bei einem so großen Reformvorhaben wirklich ernst zu nehmen. Damit würden plebiszitäre und direktdemokratische Elemente in eine Reform der Kommunalgesetzgebung

einfließen, partizipative Elemente auf Dauer in die Kommunen eingebaut und insgesamt ein Prozess eingeleitet, der auch künftig kaum noch rückgängig zu machen sei.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Heuberger für seinen Bericht. Viele redeten nur von Bürgerbeteiligung und Partizipation, in Rheinland-Pfalz werde sie im Rahmen der kommunalen Verwaltungsreform tatsächlich praktiziert. Andere Länder, die bei ihrer Kommunalreform einen anderen Weg eingeschlagen hätten, seien damit gescheitert – sei es an mangelnder Zustimmung in der Bevölkerung oder am Landesverfassungsgericht wie in Mecklenburg-Vorpommern. Insofern habe Rheinland-Pfalz zwar einen mühsamen Weg eingeschlagen, der aber möglicherweise der Beste sei, um breite Akzeptanz zu erreichen. Es bleibe abzuwarten, ob dem Beispiel der Bürgerbeteiligung in Rheinland-Pfalz andere Länder folgen werden. Als Nächstes sei Frau Cieslok mit ihren Beitrag zur Engagementpolitik in Sachsen-Anhalt an der Reihe.

Ines Cieslok (Sachsen-Anhalt) berichtet, dass eines der jüngsten Produkte der Engagementförderpolitik in Sachsen-Anhalt die Einführung eines Engagement-Nachweisheftes sei. Dabei habe man sich auch daran orientiert, was in anderen Bundesländern in Bezug auf den Nachweis von im Engagement erworbenen Kompetenzen und Fähigkeiten entwickelt worden sei. Das Nachweisheft sei bei einer Veranstaltung aus Anlass des Tages des Ehrenamtes der Öffentlichkeit vorgestellt worden.

Darüber hinaus habe das Ministerium der Finanzen im Jahr 2008 in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Gesundheit und Soziales und dem Kultusministerium eine Möglichkeit zur Anerkennung von Eigenarbeitsleistungen im bürgerschaftlichen Engagement geschaffen. Mit dem Runderlass „Anerkennung von Eigenarbeitsleistungen als zuwendungsfähige Ausgaben bei Vorhaben, die durch Zuwendungen des Landes nach §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt gefördert werden“ vom 14. 3. 2008 sei den Ressorts die Möglichkeit gegeben worden, eine Anerkennung von Eigenarbeitsleistungen als zuwendungsfähige Ausgaben bei der Förderung von Projekten unter bestimmten Voraussetzungen und für bestimmte Förderbereiche zuzulassen. Damit sollten gemeinwohlorientierte Projekte insbesondere im sozialen, karitativen und kulturellen Bereich gefördert werden. Über die grundsätzliche Anwendung entscheide die für die Bewilligung der jeweiligen Zuwendung zuständi-

ge oberste Landesbehörde. Die Anerkennung der Eigenarbeitsleistung könne sich dabei vermindern auf den vom Zuwendungsempfänger zu erbringenden Eigenanteil auswirken.

Birgit Wollesen (Schleswig-Holstein) berichtet über die neue Kampagne zur Engagementförderung in Schleswig-Holstein „Ehrenamt erFahren“. Entstanden sei die Idee bei einem Wochenend-Workshop im letzten Sommer mit ca. 30 ehrenamtlich Engagierten. Im Rahmen dieser neuen Aktion würden bis Oktober 2009 möglichst viele Kommunen in Schleswig-Holstein mit dem so genannten Ehrenamts-Bus bereist werden. Ziel sei, die Themen Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement landesweit und über einen längeren Zeitraum hinweg öffentlich zu präsentieren. Der vom Innenministerium zur Verfügung gestellte Bus solle auch für das ehrenamtliche Engagement im Bereich des Katastrophenschutzes eingesetzt werden und dabei einen hohen Wiedererkennungswert bieten. Kommunen, die daran interessiert seien, den Bus für einen Tag einzuladen, könnten sich hierfür beim Referat Bürgergesellschaft des Sozialministeriums anmelden. Der Termin solle mit gemeinsamen Aktionen der Engagierten vor Ort verbunden werden sowie die regionale Presse einbinden, um so Neugier und Lust für bürgerschaftliches Engagement zu wecken. Dazu wolle man mit Bürgern, Gemeindevetretern, Bürgermeistern und Freiwilligenagenturen ins Gespräch kommen. Zudem böten Mitarbeiter des Referats Bürgergesellschaft allgemeine Informationen zum Ehrenamt, zu den Förderaktivitäten des Landes und zum Versicherungsschutz an. Als Medienpartner für die Kampagne habe man den Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag gewonnen; zudem habe man eine Absprache mit dem Norddeutschen Rundfunk getroffen, der die Aktion „Ehrenamt erFahren“ medienwirksam begleiten werde. Die Presseberichte und die Darstellung der regionalen Sonderaktionen würden in einer Dokumentation zusammengefasst und für eine kleine Ausstellung aufbereitet.

Der **Vorsitzende** dankt den Ländervertreterinnen und -vertretern sehr herzlich für die Darstellung ihrer Engagementförderpolitik. Die schriftlich und mündlich präsentierte Vielfalt sei beeindruckend und lohne eigentlich, in einer eigenen Veröffentlichung zusammengefasst und analysiert zu werden. Denn in den vielfältigen Ideen stecke viel Potenzial zur Anschauung und Nachahmung. Zu einer abschließenden Wortmeldung erteilt der Vorsitzende der Abg. Kumpf das Wort.

Abg. **Ute Kumpf** (SPD) weist darauf hin, dass ihr bei den schriftlichen und mündlichen Berichten aus den Ländern aufgefallen sei, dass es offensichtlich einen starken Trend zur Frage „Was ist das bürgerschaftliche Engagement wert?“ gebe. Im beigefügtem Gutachten des Landes Bayern werde ein Wert von 8 Euro pro Stunde, in Sachsen-Anhalt bei der Anerkennung als Eigenleistung ein Wert von 6 Euro pro Stunde angesetzt. Dies sei zwischen Ost und West ein Unterschied von 2 Euro und dieser Trend werde sich, so ihre These, fortsetzen und werde möglicherweise auch Druck auf andere Länder ausüben. Da diese Frage heute nicht mehr ausdiskutiert werden könne, schlage sie vor, das Thema in einer der nächsten Sitzungen auf die Tagesordnung zu setzen, um darüber ausführlicher zu debattieren.

Der **Vorsitzende** dankt der Abg. Kumpf für ihre Anmerkung und weist darauf hin, dass in der Terminplanung vorgesehen sei, dass sich der Unterausschuss am 25. März 2009 in öffentlicher Sitzung mit dem Thema „Monetarisierung des bürgerschaftlichen Engagements“ befassen werde. Abschließend wolle er noch auf die nächste Sitzung am 28. Januar 2009 aufmerksam machen, bei der es um das Thema „Bürgerschaftliche Engagement als Bildungsziel in der Schule“ gehen werde. Der Vorsitzende wünscht allen ein schönes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr und schließt die 29. Sitzung.

Ende der Sitzung um 19:14 Uhr.



Dr. Michael Bürsch